

Stadtverordnetenversammlung Cottbus  
Ausschuss für Soziales, Gleichstellung  
und Rechte der Minderheiten

Cottbus, 02.02.2006

**Protokoll  
über die Beratung des Ausschusses für Soziales, Gleichstellung und  
Rechte der Minderheiten am 01.02.2006**

Anwesend: s. Anwesenheitsliste (Anlage)

Ort: Technisches Rathaus, Raum 1.001/1.002

Leitung: Vorsitzender, Herr Dr. Fischer

**Herr Dr. Fischer** eröffnet die Sitzung und begrüßt alle anwesenden Mitglieder und Gäste.

**TOP 1: Bestätigung der Tagesordnung**

*Die Tagesordnung wird in der vorliegenden Fassung einstimmig bestätigt.*

**TOP 2: Protokollkontrolle**

Zum Protokoll vom 07.12.2005 gibt es keine Beanstandungen, Ergänzungen oder Hinweise.

*Das Protokoll wird mehrheitlich bestätigt.*

## **Öffentlicher Teil**

**TOP 3: Berichte und Informationen**

**Information zum Antrag 026/05 der Fraktion Frauenliste Cottbus  
Erarbeitung von Bewertungskriterien für freiwillige Leistungen sozialer Dienste, in der  
Jugend- und Kulturarbeit in kommunaler und freier Trägerschaft**

Herr Weiße informiert, dass in einem Gespräch mit Frau Spring (Frauenliste Cottbus) verabredet wurde, diese Thematik in der Fraktion Frauenliste Cottbus mit Vertretern des Sozialdezernates zu diskutieren.

Dabei soll geklärt werden, mit welcher Intension dieser Antrag bearbeitet werden soll. Es ist zu berücksichtigen, dass in den zurückliegenden Jahren enorme Kürzungen aufgrund der prekären Haushaltssituation in allen Bereichen des Dezernates III vorgenommen wurden. Entsprechende Prioritäten der sozialen Angebote wurden neu gesetzt.

### Diskussion

**Herr Löbert (AUB)** sieht nach geführten Gesprächen mit freien Trägern ein Problem in der Erarbeitung neuer Bewertungskriterien, da die Abrechnung der geförderten Leistungen, in Form von Verwendungsnachweisen, Sachberichten etc., seit Jahren gefordert ist. Zudem wäre für die Abrechnung dieser Bewertungskriterien ein noch umfangreicheres Controlling durch die Verwaltung – entgegen den Empfehlungen der Kienbaum-Studie - notwendig.

**Herr Gissel** weist darauf hin, dass es sich um keine freiwilligen Leistungen handelt. Die Rankingliste ist entsprechend der Gesetzlichkeiten vorgeschrieben.

**FL** ***Eine Entscheidung in der Stadtverordnetenversammlung zum Umgang mit diesem Antrag muss getroffen werden.***

### **TOP 4: Beschlussvorlagen**

#### **III - 001/06**

#### **Erlass einer Verwaltungsvorschrift der Stadt Cottbus zur Gewährung von Zuschüssen gem. § 17 Abs. 1 Satz 2 des Zweiten Sozialgesetzbuches - SGB II - ab 2006**

Der Vortrag zur ausgereichten Vorlage erfolgt durch den Amtsleiter des Sozialamtes, Herrn Gissel.

Danach sollen Leistungen finanziert werden, für deren Erbringung die Stadt Cottbus als Träger der Leistungen nach § 6 Abs. 2 SGB II verpflichtet ist, für die Durchführung der Aufgaben nach diesem Buch jedoch Verbände der freien Wohlfahrtspflege beteiligt werden. Die Finanzierung der an die Wohlfahrtsverbände übertragenen Aufgaben erfolgt in Form der Projektförderung. Eine Abstimmung mit der Kleinen Liga zur Thematik ist erfolgt. Mit dieser Verwaltungsvorschrift wird den Trägern eine gewisse Planungssicherheit für ihre Arbeit gegeben.

### Anfrage

**Frau Vandreier** teilt mit, dass sich eine Selbsthilfegruppe von Angehörigen drogenabhängiger Jugendlicher gegründet hat. In diesem Zusammenhang fragt sie an, ob es eine professionelle Betreuung für diese Jugendliche in Cottbus gibt.

**Herr Gissel** antwortet, dass zwei Ärzte in Cottbus die Methadonbehandlung durchführen. Ein betreutes Wohnen für diese Jugendlichen ist geplant.

**Herr Weiße** bringt ein, dass nach Gesprächen im Sozialdezernat diese Vorlage nicht durch die Stadtverordnetenversammlung beschlossen werden muss. Dieser Verfahrensweg wäre nicht notwendig, da die Förderung der sozialen Projekte gesetzlich festgelegt ist.

**FL** *Eine Entscheidung bezüglich der Notwendigkeit der Beschlussfassung durch die Stadtverordnetenversammlung muss im Hauptausschuss getroffen werden. Sollte es zur Beschlussfassung kommen, gibt der Ausschuss einstimmig seine Zustimmung zur Vorlage.*

**TOP 5:       Sonstiges**  
**Besetzung der Trägervertretung ARGE**

Herr Richter (Die Linke, PDS) erklärt seine Bereitschaft, als Nachfolger von Frau Gundula Schmidt (Die Linke, PDS) in der Trägervertretung der ARGE mitzuwirken.  
Die Vertretung dieser Funktion übernimmt Herr Dr. Fischer.

Die Mitglieder des Ausschusses stimmen dem Vorschlag mehrheitlich zu.

**Die Beratung endet um 18:00 Uhr.**

gez. Dr. Fischer  
Vorsitzender

gez. Teusch  
Protokollantin